Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper, Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, April, 2, 1868.

Demokratisches Staats-Ticket.

Für General-Auditor:

Achtb. Chas. E. Boyle,
von Fayette County.

Für General-Landmesser:

Gen. Wellington H. Ent,
von Columbia County.

Abermals ein Schuß!

Trotzdem die jetzige radikale Gesetzgebung ein neues Gesetz in Betreff der Wahl für Schul-Direktoren in Lankaster City passirte, und trotzdem das Gesetz die Wahl-Distrikten so notorisch ungleich und gegen allen Rechtlichkeitssinn eintheilt, blos um den Radikalen eine Mehrheit in der Schul-Behörde zu sichern, trotz allem diesem haben die Demokraten von Lankaster City bei der am letzten Freitag abgehaltenen Wahl, aus 36 Schul-Direktoren 21 erwählten, und die Radikalen blos 15; die Demokraten erwählten demnach drei mehr als letztes Jahr! Wenn die Herren Radikalen mit ihrer Gesetzmacherei noch längere Zeit so fortfahren, bleibt ihnen am Ende nichts mehr übrig.

Das Resultat der Wahl hat in dem Herausgeber der Express böses Blut erweckt; er schimpft besonders auf die Deutschen, die durch ihr mannhaftes und nobles Zusammenwirken vieles zu dem Resultate beitrugen. Der blinde Know-Nothingismus steckt eben noch in dem Expreßmann; ein wenig „Aderlassen" würde dem rasendem Manne gar nichts schaden. Uebrigens kennen die Deutschen in Lankaster ihre „Pappenheimer," und kümmern sich nicht um den giftigen Bannstrahl der Express und dessen Affengefolge.

Noch ein gemeiner Handstreich.

Unsere radikale Gesetzgebung hat einen neuen Handstreich gegen die garantirten Bürger-Rechte und namentlich gegen „Fremdgeborene" in Absicht. Diesmal soll die V. St. Constitution, welche ja allen „Radikalen" zuwider ist, durch ein Registrir Gesetz corrigirt werden. Wenn diesen Gesetz-Verächtern nicht bald auf die Finger geklopft wird, so werden sie so lang an der Constitution, an den garantirten Rechten und an der Freiheit herum corrigiren, bis Nichts mehr davon übrig ist.

Bevor einem Mann gestattet wird zu stimmen, müssen erst die Assessoren sein Recht anerkennen; sie müssen seinen Namen auf eine Liste setzen und angeben, ob er ein eigenes Haus hält und wo dasselbe liegt: respective muß angegeben werden, wo er boardet und für wen er arbeitet. Ist er ein naturalisirter Bürger, so muß er den Assessoren auch noch sein Certifikat vorlegen.

Am 10. Tage vor dem 2. Dienstag im Oktober treten der Richter und die Inspektoren jeden Wahldistrikts in ihren respektiven Precinkts zusammen, um gemeinsam die Rechte der von den Assessoren auf ihren Listen Eingetragenen zu prüfen.

Am Wahltage kann der Wähler dann noch einmal zurückgewiesen werden und muß abermals seine Beweise und sein Naturalisations-Certifikat vorweisen, ehe ihm gestattet wird, seine Stimme abzugeben. Darauf soll aber noch jedem naturalisirten Bürger der Makel angeheftet werden, daß auf die Rückseite seines Certifikats geschrieben wird, daß er stimmte, sowie wann und wo dies geschah.

Sekt. 8 bestimmt, daß, wenn 5 Bürger aus irgend einem Theile des County angeben, daß sie in irgend einem Wahldistrikt Betrügereien fürchten, die Court of Common Pleas oder ein Richter derselben zwei Aufseher aus irgend einem Theil des Countys ernennen darf, welche bei der Wahl zugegen sein sollen und jeden Wähler anfechten dürfen!

Unter dem Vorgeben, den Betrug verhindern zu wollen, legalisirt ihn diese Section. Nicht-Bürger des betreffenden Distrikts, sondern irgend beliebige Personen sollen Klage führen dürfen; die Aufseher brauchen auch nicht aus dem District zu sein und werden nicht einmal vereidigt; sie können den berechtigten Wählern des Districts Schwierigkeiten machen und sie verhindern, ihre Stimmen abzugeben; ja, es wird ihnen möglich gemacht, Unschuldige willkürlich zu verhaften, wie es die jetzt herrschende Partei zu Zeiten der Registratur in den Northern Liberties von Philadelphia that.

Sect. 11 mißachtet die Ver. Staaten Naturalisations Gesetze; 10 Tage vor einer allgemeinen Wahl und 10 Tage vor einer Präsidentenwahl soll keine Court Naturalisirungen vornehmen dürfen. Die Ver. Staaten Constitution — jetzt allerdings für die Radikalen nur eine schwache Autorität — hat schon lange die Bestimmungen über Naturalisirung Fremdgeborner regulirt, aber die ehrenwerthen Herren Radikalen sind für die Neger und gegen die naturalisirten Bürger; was gilt ihnen also die Constitution? Constitution und Gesetze der Ver. Staaten werden einfach bei Seite gesetzt, und sie erklären, daß die früheren Congreß Gesetze in 10 Tagen in jedem Jahre, findet aber eine Präsidentenwahl statt, sogar in 20 Tagen null und nichtig sein sollen!

Wir wollen nicht hoffen, daß sich die Bürger von Pennsylvanien diese Eingriffe in ihre Rechte stillschweigend gefallen lassen werden.

Noch mehr Gesetze.

Nicht genug, daß die letztjährige radikale Gesetzgebung die Stadt Lankaster in neun Wards theilte (einen ähnlichen Plan wollen die Radikalen mit Harrisburg versuchen), blos um die Gewalt der Stadtverwaltung in ihre Hände zu bekommen, hat Hr. Armstrong, der (Miß)Repräsentanten von Lankaster Co., vor einigen Tagen eine neue Bill eingereicht, um jetzt auch noch die Zahl der Mitglieder für Selekt Council auf drei in jeder Ward zu erhöhen,—somit auch die Stadtausgaben zu vermehren.

Ist es nicht eine Schmach und Schan für die Radikalen, zu all diesen Kniffen ihre Zuflucht nehmen zu müssen, um ihre schamlose Zwecke zu erreichen. Daß ihre habsüchtige, spitzbübige Pläne an dem gesunden Menschenverstand der unparteiischen Bürger von Lankaster scheitern, haben die letzten Wahlen nur zu deutlich bewiesen. Die Demokraten werden auch in Zukunft ihre Pflicht thun!

Wo liegt der Haas begraben?

Die hiesige "State-Guard" (radikal) sagt, daß man in Tayler Townschip, Centre County die Stimmkästen von Haus zu Haus trage, um die Leute stimmen zu lassen. Im Jahre 1866 erhielt Geary 60 Stimmen und Clymer 35 in jenem Townschip; im Jahre 1867 erhielt Williams 56 und Scharswood 32 Stimmen; demnach ist das Townschip radikal „schwarz", und folglich auch dessen Wahlbeamten. Sollte die Beschuldigung der State Guard wahr sein, so müssen die Radikalen die Stimmkästen selbst herumtragen, da sie die Aufsicht darüber haben! Will uns die State Guard nähere Auskunft geben?

Unnöthiger Truwel.

Viele der radikalen Blätter geben sich Mühe, den Namen des Oberrichter Chase als Präsidentschafts-Candidat der Demokraten in Verbindung zu bringen. Dies ist alles unnöthig. Die demokratische Partei ist im Stande ihre eigene Candidaten zu ernennen, ohne die Hülfe der Radikalen in Anspruch zu nehmen.

Die demokratische Partei mit Hrn. Chase an ihrer Spitze würde im Falle der Erwählung dieses Mannes durchdurchaus keinen Sieg erringen. Die Verbindung des Herrn Chase mit einer demokratischen Nomination ist nichts als ein guter Jux, den man sich mit den Radikalen machte, welche auch sofort auf diesen Köder anbissen Die Radikalen sollen Hrrrn Chase mit seiner Erfindung der Greenback-Maschine und den National-Banken, zugleich mit seiner Vorliebe für den Neger behalten und sich keine Sorgen darüber machen, daß die Demokraten ihre Wünsche noch auf keinen bestimmten Candidaten concentrirt haben. Die New-Yorker Juli-Convention wird die demokratischen Nominationen für die Präsidentschaft machen, und wir dürfen bei unserer öffentlichen Krisis annehmen, daß dieselben keine schlechten sein werden.

Das Impeachment.

Letzten Mittwoch hatte Hr. Evarts, einer der Vertheidiger des Präsidenten eine mehrstündige Unterredung mit den leitenden republikanischen Senatoren und Repräsentanten. Soviel man hört bezeichneten Herr Johnson und dessen Anwälte die gestern überreichte Replic der Impeachment-Sachwalter als das infamste und unanständigste Document, das jemals in Beantwortung einer Schrift überreicht wurde, die mit so viel Klarheit überzeugender Gewalt und unter Aufwand so großer Fähigkeiten entworfen worden ist, wie die Antwort des Präsidenten auf die Impeachment-Artikel. Der Präsident war darüber sehr entrüstet, und er und seine Consulenten behaupten, daß wenn während des Prozesses ein ähnliches Verfahren eingehalten werden sollte, sie nur wenig mehr zu thun haben würden. Der Rücktritt des Herrn Black von der Vertheidigung verursacht den Freunden des Hrn. Johnson große Unruhe, und es sind mehrere Versuche gemacht worden, eine Aussöhnung zu Stande zu bringen. Herr Evarts ist dem Vernehmen nach davon überzeugt, daß der Senat den Präsidenten freisprechen wird, und er behauptet zuversichtlich, daß solche in den Impeachment-Artikeln vorgebrachten Anklagen, die bewiesen werden können, zu unerheblich sind, um daraufhin die Verurtheilung des Präsident zu begründen.

Die Impeachment-Sachwalter waren den größten Theil des Tages während der Sitzung des Hauses abwesend, da sie mit der Vorbereitung der Argumente, die ihrerseits im Impeachment-Prozeß vorgebracht werden können, beschäftigt waren.

Immer besser. — In Chambersburg, welches früher eine Mehrheit von 180 bis 250 für die Radikalen gab, erhielten sie bei der letzten Wahl blos 20 Stimmen Mehrheit; ja, für Assessor sogar nur sieben! Frisch drauf los, Demokraten! Wischt den „schwarzen" Fleck noch vollends aus.

Mercersburg, Franklin County, von jeher eine der stärksten Festungen des Radikalismus, ging demokratisch mit einer Mehrheit von drei Stimmen! Früher gab es den Radikalen gewöhnlich von 170 bis 230 Mehrheit! Bravo, bravo!

Die Stadt Franklin in Venango Co., welche letzten Herbst 60 Mehrheit für die Radikalen gab, ging bei letzter Wahl demokratisch mit einer Mehrheit von 8 Stimmen!

In Northumberland siegten die Demokraten in allen Townschips, bis auf eins, mit großen Majoritäten.— Bully.

In Rhode Island fand gestern die Staatswahl statt. Wahrscheinlich ging es radikal, wie gewöhnlich.

Die Zehn Anklagepunkte.

Der „Highland Bote" macht sich über die in kauderwälscher Kanzeleisprache abgefaßten zehn Anklageartikel gegen den Präsidenten in folgender gelungenen Weise lustig:

„Die zehn Anklagepunkte gegen den Präsidenten erinnern lebhaft an die Alpen-Kräuter-Wagen-Bitter-Geschichte. Bekanntlich kam einst ein Käufer in eine Apotheke und drückte sein Verlangen in folgenden Worten aus: „Geben Sie mir gefälligst eine Flasche Alpen-Magen-Kräuter Bitter .... nein, nicht so! .... Alpen-Bitter-Kräuter-Magen .... auch nicht recht! Magen-Alpen-Bitter-Kräuter .... wieder nicht! Magen-Bitter-Alpen-Kräuter .... Magen-Alpen-Kräuter-Bitter .... Kräuter-Magen-Bitter-Alpen .... Kräuter-Alpen-Bitter-Magen .... Kräuter-Bitter-Magen-Alpen .... Kräuter-Bitter-Alpen Magen .... Bitter-Alpen-Kräuter-Magen .... Bitter-Magen-Alpen-Kräuter .... Alles nicht recht! Zündnadel- und Granaten! werde ich es nicht herausbringen können?" Gerade so sind in Summa Summarum die zehn Anklagepunkte gegen den Präsidenten, wenn man sie von dem Seifenblasenschaum der hier üblichen Advokatensprache befreit. Sie lauten ungefähr wie folgt: Johnson hat Stanton absetzen wollen; er hat Stanton abgesetzt; er setzte Stanton ab; Stanton setzte er ab; er versuchte, Stanton abzusetzen; er hat wollen Thomas ernennen; er hat versucht, Thomas zu ernennen; Thomas ernannte er; er hat Thomas ernannt und so weiter bis in's Aschgraue."

Der Geldmarkt und der Congreß.

Die ruhige Stimmung, welche die Börse Angesichts der Impeachment-Vorgänge gezeigt hat, ist so wohl ein Beweis richtiger Würdigung der streng gesetzlichen, vom Volk und dem Präsidenten eingehaltenen und einzuhaltenden Haltung, wodurch ein durchaus friedlicher Verlauf des Conflikts garantirt wird, als auch ganz insbesondere ein Beweis ihres Vertrauens, daß der Congreß in Folge seiner Beschäftigung mit „Impeachment" abgehalten werden wird, Finanzpoltik zu treiben und seinen, stets nur schädlich gewesenen und zu befürchtenden Einfluß auf den Markt zu üben. Wie das Verhältniß des Congresses zum Markt sich leider gebildet und herausgestellt hat, kann der letztere nur gewinnen wenn jener sich nicht mehr um ihn bekümmert.

Die Errungenschaften der letzten sieben Jahren.

Die radikale Staats-Convention von Ohio sagt in demselben Beschlusse worin sie Grant als Präsidentschafts-Candidaten empfiehlt, daß die Republikaner mit „der Geschichte der letzten sieben Jahre für ihre Plattform, zuversichtlich an die Loyalität, den Patriotismus und die Intelligenz des amerikanischen Volkes appelliren dürfen."

Es dürfte deshalb am Platze sein, diese „Geschichte der letzten sieben Jahre" dem Volke wieder ins Gedächtniß zu rufen. Sie läßt sich kurz zusammenstellen wie folgt:

1.) Zehn Staaten ohne Gouverneure und Legislatur ohne ihre eigene Wahl.

2.) Ein Präsident ohne die Macht, ein Cabinet seiner eigenen Wahl einzusetzen.

3.) Ein Congreß, in dem mehr als siebzig Sitze unbesetzt sind.

4.) Eine Supreme Court, deren Entscheidungen kraftlos gemacht werden sollen.

5.) Ein Oberbefehlshaber ohne Armee — nnd

6.) Eine Verfassung ohne Machtvollkommenheit.

Das ist in Kurzem die Geschichte der letzten sieben Jahre.—Sie soll die nächste „National" Platform der republikanischen Partei sein! O tempora! O mores!

Gen. Hancock. — Der Präsident hat eine Ordre erlassen, in welcher er Gen. Hancock zum Commandanten des atlantischen Departements ernennt, mit dem Hauptquartier in Washington.

Gen. Granger soll vom Präsidenten für das Commando dieses Distriktes an Emory's Stelle bestimmt worden sein.

Nachrichten von Washington.

Washington, 28. März.

Die Constitution von Arkansas ist gutem Vernehmen nach mit einer Majorität von 10,000 Stimmen verworfen worden.

Sekretär Seward und die hiesigen fremden Diplomaten unterstützen Mr. Adams, Ver. St. Gesandter in London, weil er sich weigerte, in dem vom Congreß vorgeschlagenen Anzug bei Hofe zu erscheinen, während Senator Sumner (der Urheber der betreffenden Bill) und andere Radikale, wie Chandler und Howard, entrüstet darüber sind, daß Mr. Adams die Gesetze des Congresses mißachtete.

(Die Herren Radikalen im Congreß wollen mit aller Gewalt einen sogenannten „Hofade," (wie in Europa) hier einführen. Die einfache Civilkleidung unserer Gesandten an den europäischen Höfen ist diesen Radikalen nicht mehr gut genug. Wahrlich! es wird nicht mehr lange dauern, bis auch in Amerika die monarchischen Ideen Europa's vollkommen eingeführt haben sind.—D. Red.)

Das Committee für Postangelegenheit des Hauses hat eine Spezialsitzung auf Montag anberaumt, um über das neue Postamtsgebäude in New York zu berathen.

Das Verwilligung-Committee des Senats ist mit Berathung der Marine-Verwilligungs-Bill zu Ende und wird sie in einigen Tagen berichten.

Der Vorsitzende des Haus-Post-Committees wurde autorisirt, eine Bill betreffs Errichtung und Unterstützung einer Dampfer-Linie zwischen New York und europäischen Häfen zu berichten.

Judge Black giebt als Grund seines Rücktritts von der Vertheidigung des Präsidenten an, daß er an derselben nicht Theil nehmen könne, indem Mr. Johnson in der Alta Vela Angelegenheit die Ansichten Sekretär Seward's unterstütze.

Es heißt, daß Sekretär Seward mit Großbritannien über einen Vertrag behufs der Stellung naturalisirten Bürger unterhandle, welchem der Vertrag mit Norddeutschland zu Grunde gelegt ward.

Nächsten Montag findet die Wahl in Connecticut statt.

Der Impeachment-Prozeß gegen den Präsidenten Johnson.

Washington, 24. März.

Um 1 Uhr kam der Oberrichter in den Versammlungssaal des Senats und übernahm an Stelle des Präsidenten pro temp den Vorsitz. Darauf fand die übliche Proklamation durch den Sergeant-at-Arms statt, während dem die Anwälte des Präsidenten, Stanberry, Curtis, Evarts, Nelson und Groesbeck eintraten und sich an ihrem Tische niederließen. Um fünf Minuten nach 1 Uhr wurde die Ankunft der Anklagecommission gemeldet, deren Mitglieder gleichfalls ihre Plätze einnahmen, doch war Thad. Stevens nicht darunter. Hierauf erschienen die Mitglieder des Repräsentantenhauses und placirten sich außerhalb der Schranken auf den für sie bestimmten Sitzen.

Nach Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung durch den Sekretär, verlas derselbe die Meldung über die Annahme der Replik Seitens des Hauses.

Hierauf erhob sich Boutwell von der Anklagecommission, und sagte:

Hr. Präsident: Ich bin von der Commission beauftragt, die von dem Repräsentantenhause angenommene Replik zu unterbreiten. (Hierauf folgte die Replik, wie sie unter den Verhandlungen des Repräsentantenhauses gegeben ist.—D. R.)

Nachdem sie verlesen war, sagte Senator Johnson: Hr. Oberrichter, ich trage darauf an, daß den Vertheidigern des Präsidenten eine beglaubigte Abschrift der Copie zugestellt wird. Wurde angenommen.

Der Oberrichter—Gestern Abend war ein Antrag der Vertheidigung des Präsidenten unter Berathung, daß ihr eine solche Frist zur Vorbereitung bewilligt werde, als der Senat für angemessen erachten möge. In Bezug darauf legte der Senator von Maryland (Johnson) eine Ordre vor, welche von dem Sekretär vorgelesen werden wird.

Der Sekretär las die Ordre vor, welche vorschreibt, daß eine Frist von zehn Tagen bewilligt werden solle.

Sumner — Hr. Präsident, ich schicke ein Amendement an den Vorsitzer, das unmittelbar dem Worte „sei es befohlen" folgen und ein Substitut sein soll.

Der Sekretär las das Amendement vor, welches folgendermaßen lautete:

Daß jetzt, nachdem die Replik festgestellt, der Senat gemäß den bereits schon früher angenommenen Regulationen mit dem Prozesse von Tag zu Tag, Sonntage ausgenommen, fortfahre, es sei denn, daß unter Vorlegung der Gründe dafür, anders befohlen wird.

Edmunds—Ich stelle den Antrag, daß der Senat sich zurückziehe, um über diese Ordre zu berathen.

Sumner und verschiedene andere Senatoren —Nein! Nein!

Abstimmung durch Namensaufruf wurde verlangt und ergab dieselbe folgendes Resultat:

Dafür:

Anthony, Bayard, Buckalew, Corbett, Davis Dixon, Doolittle, Edmunds, Fessenden, Fowler, Frelinghuysen, Grimes, Henderson, Hendricks, Howe, Johnson, McCreery, Morrill (Me.), Morrill (Vt.), Morton, Norton, Patterson (N. H.), Patterson (Tenn.), Saulsbury, Sprague, Van Winkle, Vickers, Willey und Williams—29.

Dagegen:

Cameron, Cattell, Chandler, Cole, Conkling, Conneß, Cragin, Drake, Ferry, Harlan, Howard, Morgan, Nye, Pomeroy, Ramsey, Roß, Sherman, Stewart, Sumner, Thayer, Trumbull und Wilson—22.

Der Senat ging hierauf in geheime Sitzung und kehrte erst nach zweistündiger Abwesenheit, um 3 Uhr 25 Minuten, zurück. Nachdem die Ordnung hergestellt war, sagte der Oberrichter:

Ich bin beauftragt, die Vertheidigung in Kenntniß zu setzen, daß der Senat über eine Ordre in Beantwortung ihrer Applikation übereingekommen ist. Dieselbe wird jetzt verlesen werden.

Verordnet: daß der Senat den Prozeß gegen den Präsidenten, auf Grund der gegen ihn vorgebrachten Anklage Artikel, am Montag, den 30. März beginne, und damit gemäß den Regulationen des Senats, als der bei dem Impeachment-Prozeß zu Gericht sitzenden Behörde, ohne jede Verzögerung fortfahre.

Nach einer kurzen Pause fragte der Oberrichter: Hat die Vertheidigung für den Angeklagten irgend welchen Vorschlag zu machen?

Stanbery verbeugte sich, um anzudeuten, daß er sich der Entscheidung füge.

Butler, ein Mitglied der Anklagecommission, sagte, daß wenn der Vorsitzer es ihm gestatten wolle, er den Zeugen Notiz geben werde, am Montag den 30. d. M., um 12½ Uhr, hier zu erscheinen.

Auf Antrag von Wilson vertagte sich die „High Court of Impeachment" bis zu dem erwähnten Tage um 12½ Uhr.

Verhandlungen der Legislatur.

Harrisburg, 24 März.

Senat.

Der Senat berieth, während der ganzen Dauer der Morgenstunde als Plenar Commit. die Verwilligungs Bill.

$6500 wurden bewilligt für die Publikation einer Kriegsgeschichte von Pennsylvanien von 1861 bis 1865.

Das Gehalt der Supreme Court wurde auf $7500 festgestellt,

Das Gehalt der Richter an den Philadelphia Gerichtshöfen wurde auf $5000 festgestellt mit der Bestimmung, daß sie von der Stadt Philadelphia eine Zulage von $2000 per Jahr erhalten sollten.

Haus.

Definitiv passirt wurde die Senats Bill, welche die Jurisdittion des Prozesses verschiedener Conduktors der Phila'd'a-Reading Bahn gegen Chas. E. Smith, einer der Beamten derselben, von Schuylkill County nach Lancaster County verlegt.

Senat.—25. März.

Nachdem Senator Brown von Lawrence Co. die Sitzung mit Gebet eröffnet hatte, kam die allgemeine Verwilligungs Bill zur zweiten Lesung.

Das Gehalt für den Clerk des Aud. Gen. wurde auf $1600 festgesetzt: dasjenige des ersten Clerks in der Office des Gen. Adj. wurde auf $1500 herabgesetzt und die Zahl der Clerks ward auf zwei beschränkt.

Searight wollte die Verwilligung für das militärhistorische Departement gestrichen haben, was mit 25 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde.

Auf Antrag von McCandleß wurde dann mit 23 gegen 8 Stimmen beschlossen, daß die ganze Arbeit in 1 Jahr nach Passirung des Gesetzes vollendet sein müsse und das Geld im Verhältniß zum Fortschreiten der Arbeit bezahlt werden solle.

Mr. Howard beantragte Streichung der 54. Regel, welche verfügt, daß Auskunfts-Resolutionen zunächst an die betreffenden Committees verwiesen werden sollen, da solche Resolutionen oft im Committee erstickt werden könnten. Es wäre eine Anomalie in der Gesetzgebung, wenn man Senatoren des Rechtes berauben wollte, Information zu verlangen.

Mr. Davis ließ sich in ziemlich erbitterter Weise über Mr. Stanton aus, welcher mit der ihm eigenen souveränen Verachtung der Constitution und Gesetze wie seiner Amtspflichten eine vor 2 Monaten von ihm beantragte Auskunftsresolution durchaus unbeachtet gelassen habe.

Haus.

Das Supplement zu dem Gesetz, welches den Governör autorisirt Gefängniß Inspectoren zu ernennen, wurde definitiv passirt. Das Gesetz wird dadurch bis 1869 prolongirt.

Es wurde dann die Akte über Armenunterstützung und Ortsgehörigkeit der Armen aufgerufen.

Nach längere Debatte erklärte Mr. Hickman, Vorsitzender des Allgem. Justiz Commit. daß die Bill niemals vom Committee berichtet wurde.

Mr. Mann urgirte die Wahrheit dieser Angabe und behauptete, die Bill wäre auf seinen Antrag berichtet worden.

Zwei Vetos des Governörs gegen Namensveränderungen wurden vorgelegt. Dieselben stützen sich darauf, daß die Courts, nicht die Legislatur, Jurisdiction in dergleichen Fällen haben.

Es wurde die allgemeine Sportel-Bill des Senats verlesen.

Jencks bezeichnete die Bill als eine „infame" und beantragte Zurücklegung derselben auf unbestimmte Zeit, sowie Instruktion der Civil Coder-Commissioner, eine gerechte und vernunftgemäße Bill zu berichten.

Thomas Mullen führte an, daß die Erhöhung durchschnittlich 50 Prozent betrage. Er erklärte, daß die betreffenden Beamten in Philadelphia sich wahrhaft fürstliche Vermögen erwürben, er wäre gegen jede Erhöhung.

Senat.—27. März.

Nachdem der Senat 2 Tage lang über die bereits im Hause passirte Allgemeine Verwilligungs Bill debatirt hatte, verwarf er sie heute Vorm. ohne Angabe von Gründen. Die Bill verwilligte im Ganzen über 4 Mill. Doll.

(Die „Rep." geben an, daß die Demokraten sich geeinigt hätten bei der Schlußabstimmung in corpore gegen die Bill zu stimmen und somit die ganze Verantwortlichkeit der „rep." Partei aufzubürgen, deßhalb hätten auch sie mit „Nein" gestimmt; die Dem. dagegen behaupten sie hätten weitere Amendments vorschlagen wollen, wodurch die Verwilligung um $2½ Mill. vermindert gewesen sein würde, hieran wären sie durch Mr. Connels Antrag auf „sofortige" Abstimmung verhindert worden und deshalb hätten sie gegen die Bill gestimmt.)

Passirt wurden die Incorporation des „Lutheran Observer"; die Bill, welche den Direktoren des „House of Refuge" gestattet ihren Solicitor zu bezahlen; die Incorporation des Penna. Thierschutz Vereins.

In Erwägung genommen und zurückgelegt wurden die Senats Bill über Regulirung der öffentlichen Ordnung bei Wahlen und die Senats Bill, welche das Eigenthum der Deutschen Gesellschaft von Taxen befreit.

Mr. Connell beantragte Befreiung des Chesnut Hill Cemetery von der Pflicht Taxen zu zahlen.

Mr. Burnett beantragte ein Gesetz, welches den Governör ermächtigt Dampfkessel Inspektoren anzustellen.

Haus.

Mr. Kirkner vom Comm. für öffentliche Bauten beantragte eine gemeinsame Resolution, derzufolge ein Com. von je 3 Mitgliedern beider Häuser mit Sachverständigen über die öffentlichen Gebäude conferiren soll.

Bull beantragte ein Gesetz zur Regulirung des Gehaltes für den Staatsschatzmeister und zur Verhinderung von Benachtheiligung des Staatsschatzes:

Sect. 1 normirt das Gehalt des Staats-Schatzmeisters auf $5000, unter Wegfall aller Gebühren.

Sect. 2. bestimmt, daß die Gebühren, Interessen ꝛc. an den Staatsschatz abgeliefert werden sollen, und daß jeder Beamte, der dies nicht thut, eines Amtsmißbrauchs schuldig sein soll. Die Strafe soll nicht über das Doppelte des vorenthaltenen Betrages und 5 Jahr Gefängniß betragen, und außerdem soll der Betreffende für die Zukunft für jedes Amt unfähig sein.

Sect. 3 enthält Bestimmungen über die Pflichten und Rechte des Boards der Revenue-Commissioner, welcher aus dem Governör, Att.-Gen., Aud.-Gen. und Staats-Schatzmeister bestehen soll.

Sect. 4. weist die Hälfte der Straffumme dem Informanten zu.

Auf Antrag von Mr. Bull wurde die Bill verworfen, welche vorschreibt, daß eine Liquor-License verwirkt werden kann, sobald Liquor an Minorenne oder Gewohnheitssäufer verkauft wird.

Passirt wurde die Bill, welche den Governör ermächtigt, solchen Pennsylvania Offizieren, welche im letzten Kriege dienten, Commissionen auszustellen.

Der Governör hat gestern die Bill für die Zahlung von Jahrgeldern an Soldaten von 1812 gezeichnet.

Der Staats-Senat nahm heute den Beschluß an; den Ver. St. Präsidenten zu ersuchen, amerik. Bürger im Guano-Handel zu schützen und die (Neger-)Regierung von von St. Domingo zu zwingen, die Insel Alta Vela sofort wieder zurückzugeben.

Europäische Correspondenz der Pennsylvanischen Staatszeitung.

Berlin den 8. März 1868.

Der Ministerrath hat soeben einen Brief an den König eingesandt, worin er die Besitznahme der Güter des Königs von Hanover motivirt und nachdem er in demselben auf den Umstand aufmerksam gemacht hatte, daß König Georg x. durch seine Unterschrift vor ganz Europa die Bedingungen angenommen, auf welchen der Vertrag vom 29. September, 1867, basirt war, und sich allen daraus entstehenden Folgen unterworfen hatte, erklärte der Rath zur Erkenntniß gekommen zu sein, daß diese Bedingungen von Einem der contrahirenden Parteien nicht erfüllt worden seien. Trotzdem, daß die preußische Regierung die Ausführung des Vertrages bereits begonnen hatte, so habe König Georg seine feindseligen Umtriebe gegen Erstere fortgesetzt. Er habe durch seine Agenten eine Anzahl preußischer Unterthanen zur Bildung einer Militär-Organisation veranlaßt deren offen ausgesprochener Zweck war, bei erster Gelegenheit feindselige Schritte gegen Preußen zu thun und dieselben auf fremdem Boden mit Offizieren und Unteroffizieren versehen, und von Hietzing aus Geld zur Bezahlung dieser Truppen gesandt. König Georg habe zu wiederholten Malen seinen Antheil an diesen feindseligen Handlungen zugestanden und den Rath und die Vorstellungen von Seiten fremder Höfe unberücksichtigt gelassen. Es sei deßhalb der Regierung keine andere Wahl übrig geblieben als die nöthigen Schritte zu ergreifen um die Sicherheit des Staats und die Ruhe seiner Einwohner zu schützen. Den Landesgesetzen gemäß könne eine gerichtliche Untersuchung der Umstände die sofortige Confiscation des sämmtlichen Eigenthums König Georg's auf den Grund hin zur Folge haben, daß derselbe getrachtet habe, eine Provinz der preußischen Monarchie zum Aufstande zu veranlassen und an sich zu reißen. Aus Rücksichten auf König Georg's frühere Stellung jedoch, wolle der Rath eine solche Maßregel vor der Hand nicht empfehlen, müsse aber den nöthigen Schritt ergreifen, um das Land vor feindlichen Angriffen zu schützen, zu welche dem Erkönige durch die von der Regierung selbst zugestandenen Ressourcen Gelegenheit gegeben sei. Der Ministerrath schlage daher vor, daß ein Gesetz erlassen werde, wonach das sämmtliche Eigenthum König Georg's als Garantie gegen allenfallsige Angriffe auf die Monarchie in Beschlag genommen werden sollte. Dieser Schritt sei nicht nur aus Rücksicht auf den preußischen Staat, sondern zur Erhaltung des Friedens in ganz Deutschland nothwendig geworden. Der fragliche Erlaß erstreckt sich nicht allein auf die dem Könige bewilligten 16 Millionen Thaler, sondern auch auf dessen Grundeigenthum, seine Paläste, alle andern Besitzungen die ihm noch in Hanover verbleiben. In dem Bericht wird auch eine Anspielung darauf gemacht, daß im Falle König Georg gemeinsame Sache mit einem Feinde des Landes mache, und aus einer solchen Combination ein Krieg entstehen sollte, sein ganzes Vermögen eingezogen werden würde, um die daraus erwachsenden Vertheidigungs-Unkosten zu bestreiten. Trotz dieses Erlasses ist übrigens der König von Hanover in pecuniärer Beziehung sehr gut ab; er wird vielleicht die durch die Legien nothwendig gewordenen Ausgaben reduziren müssen, vielleicht auch eine geringe Anzahl von Zeitungsblättern in seinem Solde halten können, seinen Hofstaat wird er jedoch wohl im Stande sein, mit dem bisherigen Pompe beizubehalten. Außer den 2 Millionen Thaler die er an sich gezogen, bleibt ihm von seinem Vater ein in englischen Papieren angelegtes Vermögen von 600,000 £ nebst einem Werth von mindestens 2 Millionen an Silberwaaren. Außerdem ist es eine allbekannte, obwohl von hanöverischer Seite nicht zugestandene Thatsache, daß er bei seiner Abreise von Hanover noch einige Millionen Thaler mitgenommen. Die Confiscationen beschränken sich indeß nicht auf das Eigenthum des Königs selbst. Im Gegentheil ist Graf Platen mit noch einem Kammerherrn des königl. Gefolges vor dem Hochgericht des Staates in Anklagestand versetzt worden, weil sie bei der Legions Angelegenheit betheiligt waren, bedingt diese Anklage schon an und für sich eine Beschlagnahme des Eigenthums, welcher die Confiscation auf dem Fuße folgen wird, da der Angeklagte höchst wahrscheinlich schuldig befunden werden wird. Da nun nach preußischen Gesetzen Alle diejenigen, welche zum Gefolge des Königs von Hanover gehören, preußische Unterthanen sind, so kann sich dasselbe gerichtliche Verfahren, auf sämmtliche Mitglieder des Gefolges ausdehnen. Auch der Kronprinz hat bei Gelegenheit der silbernen Hochzeit seines Vaters durch sein Betragen Anlaß zu der bittersten Animosität gegeben, und läßt sich daher zur Stunde noch nicht bestimmen, was die Folgen derselben sein mögen.

Die republikanische Staats-Convention von Ohio.

Oberrichter Chase über Bord geworfen.

Die Republikanische Staatsconvention von Ohio, welche am 4. März in Sitzung war, um Delegaten für die sogenannte republikanische „National" Convention zu wählen, hat unter anderm auch folgenden Beschluß gefaßt:

Beschlossen, daß mit Ulysses S. Grant als unserm Candidaten für Präsident, Ben F. Wade für Vice-Präsident, und der Geschichte der letzten Jahre für unsere Platform, wir zuversichtlich an die Loyalität, den Patriotismus und die Intelligenz des amerikanischen Volkes appelliren dürfen.

Dieses Wurfgeschoß hat dem Oberrichter Chase gegolten; somit wäre derselbe von seinem eigenen Staate bei Seite geschoben. Hr. Chase müßte nicht der Mann sein, als den wir ihn kennen, sollte er diese Beleidigung ruhig binnehmen und ungeahndet auf sich sitzen lassen.—Wir befürchten nur, die Herren möchten, die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Herr Chase wird wohl noch von sich hören lassen. In der republikanischen Partei ist keineswegs Alles so glatt als es auf der Oberfläche aussieht.

Aus Europa.

Frankreich.

Die Eröffnung der Recrutirungsbureaus für die mobile Nationalgarde hat ernstliche Ruhestörungen in Toulouse veranlaßt. Am Abend des 9. März versammelten sich große Schaaren vor der Präfectur, wo der Untersuchungsrath in Berathung war. Die Marseillaise ward angestimmt. Die Polizei schritt ein. Die Menge warf mit Steinen nach ihr, bis sie schließlich auseinandergetrieben ward, wobei sechs Personen verhaftet wurden. Am 10. wiederholten sich die Unruhen in stärkerem Grade.

Das Journal de Toulouse enthält den folgenden Bericht darüber: „Gestern Nacht um zehn Uhr zog eine große Schaar junger Leute, im Alter von zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren, auf den Capitolplatz, wobei sie die Marseillaise anstimmte. Sie zog durch die Hauptstraßen und kehrte um etwa halb zwölf Uhr in noch größerer Anzahl nach dem Capitolplatz zurück. Wir vermochten nicht zu erfahren, was der bestimmte Character und Zweck dieser Demonstration war, allein sie war wahrscheinlich als Fortsetzung einer andern gemeint, die am Nachmittag stattgefunden und woran wir gar nicht weiter gedacht hatten, als vor der Präfectur, wo die Recrutirung für die Mobilgarde stattfand, sich eine tumultarische Menge zusammen rottete, was zu einigen Verhaftungen Anlaß gab. Um ein Viertel nach elf Uhr postirten sich starke Abtheilungen Cavallerie und Infanterie auf dem Capitolplatze und in den verschiedensten Richtungen wurden Patrouillen entsandt. Um 1 Uhr nach Mitternacht rückten noch mehr Truppen aus den Barracken aus."

Das „Avenir National" enthält einen Privatbrief, der eine etwas ausführlichere Schilderung gibt: „Die Marseillaise ward angestimmt, einige Lampen wurden zertrümmert und nachdem sich die Menge verstärkt hatte, zog sie vor das in der Nähe der Präfektur gelegene Polizeiamt. Dasselbe befand sich unter der Obhut eines einzigen Stadtsergeanten, der es für klug erachtete, keinen Widerstand zu leisten. Im Nu wurden alle Papiere, Bücher, Pulte, Möbel auf die Straße geworfen und selbst die Teppiche und Vorhänge wurden nicht verschont. Die Fahne über der Thür ward niedergerissen und als Banner benützt, und mit ihr voran zog dann die Menge, die Marseillaise singend und „Es lebe die Freiheit" rufend nach dem Palast des Generals de Goyon. Die Garde rückte darauf aus, jedoch ohne Waffen, worauf die Menge schrie: „Es lebe die Linie". (Es herrscht seit einiger Zeit eine starke Rivalität zwischen der Garde und Linie). „Nieder mit dem Militärgesetz". Von dort begab sich die Menge nach den Barracken der Gendarmerie, wo einige Fenster zerbrochen wurden. Ein jedes Fenster im Jesuiten-Collegium ward gleichfalls zertrümmert. Um Viertel nach zehn Uhr bestand die Menge aus etwa zweitausend fünf hundert Personen und zog unter dem Gesang der Marseillaise und Lampen und Fenster zertrümmernd nach dem Lafayette Platz".

Der Pariser Correspondent der Pall Mall Gazette schreibt: „Der Aufstand in Toulouse hat in den höchsten Kreisen ein sehr unangenehmes Gefühl erweckt, da er ein böses Beispiel ist, das im Faubourg St. Antoine befolgt werden könnte. Heute Morgen sandte der Kaiser nach einer langen Unterhaltung mit Herrn Rouher und dem Marschall Niel nach dem Marschall Canrobert, der die Armee von Paris befehligt. Die Theater in Toulouse sind geschlossen und Kanonen beherrschen die öffentlichen Plätze, es ist daher nicht wahrscheintich, daß der Ruf „Es lebe die Republik" und „Nieder mit dem Kaiserreich" erneuert werden wird."

Schweiz.

Die Verfassungswahlen im Canton Zürich haben am 10. März begonnen. Unter den bis jetzt Gewählten befinden sich viele Mitglieder der Bewegungspartei, bedeutende Capacitäten sind jedoch nur wenige darunter.

Der Generalrath des Kantons Bern hat mit einer Mehrheit von 143 gegen 50 Stimmen ein Gesetz angenommen, durch welches Mitgliedern religiöser Vereine verboten wird, in Elementarschulen Unterricht zu ertheilen.

Deutschland.

Berlin, 29. März. Tumulte in Baiern. Man hört hier von Preußen feindlichen tumultuarischen Demonstrationen im südlichen Theile Baierns; dieselben sollen gegen preußische Beeinflussung und einen Anschluß an den Norddeutschen Bund, gerichtet sein.

Es war in Berlin das Gerücht verbreitet, daß der Kaiser und die Kaiserin der Franzosen im Mai nach Berlin zu kommen und später in Begleitung des Königs von Preußen einen Besuch in Wien abzustatten beabsichtigten.

Wien, 27. März. Der Bericht, daß das Civil Ehe-Gesetz von den beiden Häusern des Reichsraths angenommen sei, war verfrüht. Im Oberhaus wurden einige Amendments gemacht und die Bill ging an das Unterhaus zurück. Diese wurden heute im Unterhaus angenommen, das Gesetz ist jetzt also passirt und erwartet die Genehmigung des Kaisers.

Am 12. März feuerte in Dresden ein Individuum, seinem Beruf nach Porzellanarbeiter, eine Pistole auf den vorüberreitenden Kronprinzen von Sachsen ab. Der Mensch scheint ein Irrsinniger gewesen zu sein, denn nach stattgefundenem Verhör ward er dem Krankenhause übergeben.

Der Rechtsausschuß des Norddeutschen Bundesrathes hat am elften März den mit den Ver. Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Nationalität der Auswanderer in Berathung gezogen.

Der Ausschuß, der beauftragt ist, ein gemeinsames Civilproceßgesetz für den ganzen Norddeutschen Bund vorzubereiten, hat die Abschaffung der Schuldenhaft in Erwägung gezogen.

Der Ausschuß des Handelstages hat an den Bundskanzler und die Mitglieder des Zollbundesrathes eine Denkschrift betreffs einer Modification des Zolltarifs und des gesammten Zollerhebungsverfahrens gerichtet.

Der Hamburger Senat hat einen Nachtrag zu den Verordnungen in Betreff des Auswandererwesens an die Bürgerschaft gelangen lassen. Die wesentlichen Vorschläge, die darin gemacht werden, sind: Einrichtung gesonderter Abtheilungen für reisende Frauenzimmer, genaue ärztliche Untersuchung der Passagiere durch einen vom Staat anzustellenden Arzt, Mitnehmen eines zur Krankenpflege geeigneten Mannes und einer ältlichen weiblichen Person, die Nachts in den Schlafräumen der Frauenzimmer bleiben muß; umfassende Vorschriften über Medizin, Wasser und Proviant, welcher letztere am Lande untersucht und versiegelt an Bord abgeliefert werden muß; endlich Verbot, Passagiere im unteren Deck zu befördern.

Das Auswandererschiff Lord Brougham, an dessen Bord auf der Reise nach New-York 108 Personen gestorben waren, kehrte am 10. März nach Hamburg zurück. Es ward sofort von den Hafenbeamten und einem Commissär des Senats besichtigt. Die Einrichtung auf dem Schiff und der Proviant wurden in bester Ordnung befunden.

Es ist bereits mit der Beschlagnahme der in der Provinz Hannover gelegenen Besitzungen des Königs Georg begonnen worden. Im Schlosse Herrnhausen und im Palast in Hannover ist sämmtliches Eigenthum des Königs unter Siegel gelegt worden.

Ein trauriger Vorfall hat sich in Berlin ereignet. Ein gewisser Agent Seidel, der sich früher in sehr guten Verhältnissen befunden, war, zum großen Theil durch eigene Schuld, verarmt; an Wohlleben gewöhnt, vermochte er sich in die beschränkteren Verhältnisse nicht hineinzufinden und obwohl Frau und Kinder, mit denen er bisher in glücklichster Eintracht gelebt hatte, sich zu jedem Opfer bereit zeigten, ließ er sich dennoch durch seinen Hang zu einem verschwenderischen Leben verleiten, dem Hause, für das er thätig war, eine bedeutende Summe zu unterschlagen. Als die Frau und ihre beiden Kinder, eine Tochter von 10 und ein Sohn von 15 Jahren von diesem Betrug erfuhren, beschlossen sie, zu sterben, um der Schande zu entgehen, die unvermeidliche Entdeckung über sie bringen würde. Sie erstickten sich daher mit Kohlendunst und als der Agent nach Hause kam, fand er seine ganze Familie todt; von Schmerz und Reue gepeinigt, beschloß er, gleichfalls zu sterben und er vergiftete sich mit Mandelöl. Als später die Wohnung aufgebrochen ward, war auch er schon todt.

Spanien.

Madrid, 28. März. Confiscation amerikanischer Zeitungen. Die Regierung legt seit einiger Zeit auf sämmtliche amerikanische Zeitungen Beschlag; selbst die, unter der Adresse des amerikanischen Gesandten hier eingehenden wurden auf der Post consiscirt. Die Gesandtschaft hat bereits energisch gegen ein solches Verfahren remonstrirt.

Admiral Farragut zu Neapel.

Neapel, 27. März. Admiral Furragut kehrte von Rom hierher zurück, wo er einige Tage ausruhen und dann nach Constantinopel abfahren wird.

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, April, 2, 1868.

Schul-Direktoren.—Folgende Herren wurden bei der Wahl am letzten Freitag als Schul-Direktoren von Lankaster erwählt:

Demokraten.	Radikale.
3 Jahre.	3 Jahre.
Christ. Zecher,	Th. H. Burrows.
Dr. J. Levergood,	J. W. Jackson.
Wm. McComsey,	A. E. Roberts.
Peter McConomy,	G. F. Breneman.
H. W. Harberger,	D. Hartman.
S. P. Eby,	
Geo. Nauman,	
2 Jahre.	2 Jahre.
Rev. Wm. Hoppe,	Robt. A. Evans.
W. A. Morton,	Wm. B. Wiley.
H. E. Slaymaker,	Geo. Brubaker.
Col. F. S. Pyfer,	H. S. Gara.
J. A. Sheaff,	H. A. Rockafield.
Dr. H. Carpenter,	
Dr. D. McCormick,	
1 Jahr.	1 Jahr.
J. J. Sprenger,	J. J. Cochren.
C. G. Beal,	Luther Richards.
W. P. Brinton,	D. G. Baker.
W. N. Wilson,	J. N. Russell.
Alexander Harris,	W. L. Bear.
Michael McCullon,	
Henry Franke,	

Whiskey in Beschlag genommen.—Das Rectifizir-Etablissements von Joseph R. Strickler, in Maytown, wurde vor einigen Tagen von Collektor Wiley wegen einer Verletzung der Revenue-Gesetze in Beschlag genommen. Ungefähr zur nämlichen Zeit nahmen Revenue Inspektor Leonard und Gehülfs-Assessor Hiestand von Mountjoy, zwanzig Barrels Whiskey in Beschlag, welche in Hiestand's Mahlmühle, ungefähr zwei Meilen von Marietta, verborgen waren.

Die Herren Collektoren sind famose Schnüffler. Nur sonderbar klingt es, daß fast all der in Beschlag genommene Whisky zu Wasser wird, sobald er in ihre Hände kommt! So berichtet uns der „Columbia Spy" ein republikanisches Blatt. Da ist sicherlich etwas „letz".

Eine theure Kuh. — Bei einer neulicher Versteigerung in Warwick Township, Lankaster County, wurde eine Kuh für $107, Cash, verkauft! Das ist theures Fleisch.

Es heißt, daß die Lokust dieses Jahr wieder in unserm County ihre Erscheinung machen würden.

Hoher Sturz. — Der Thurm der Methodisten Kirche in Mount Joy, stürzte vor einigen Tagen zusammen. Er war noch nicht ganz fertig.

Eine neue Versicherungs-Gesellschaft wurde in dieser Stadt mit einem Capital von $200,000 organisirt. Die Gesellschaft führt den Namen „Lankaster City und County Feuer Versicherungs-Gesellschaft."

Neues Postamt.—An Turky Hill, in diesem County ist eine neue Postoffice eröffnet, und L. B. Immel als Postmeister ernannt worden.

Beinahe ein Unglück.—Am Vorletzten Freitag Nachmittag bei einer Vendu am Wohnhause des Herrn John Hamilton, in der Ost Königstraße, dahier, wurden ungefähr 25 in einer Stube versammelten Personen durch das Zusammenbrechen des Bodens in den Keller hinunter gestürzt. Eine Dame fiel in Ohnmacht und mehrere Personen erhielten Quetschungen, aber glücklicherweise wurde Niemand ernstlich verletzt.

Einbrüche. — In der letzten Freitag Nacht wurde die Pennsylvanische Eisenbahn-Office zu Landisville, 6 Meilen westlich von dieser Stadt, erbrochen und die Safe entweder zerschlagen, oder mit Pulver aufgeblasen und ein tausend Thaler daraus gestohlen. Ein Mann wurde in Mountjoy und ein anderer in Manheim auf den Verdacht hin, das Geld gestohlen zu haben, verhaftet.

Das Wohnhaus von David M. Mayer, in Manheim Township, unweit der Stadt, wurde in der vorigen Donnerstag Nacht von Dieben vermittelst falscher Schlüssel aufgemacht und Ueberröcke und eine Set Damen-Pelze daraus gestohlen.

Aussichten zu einer interessanten Klage.—Wir berichteten neulich, daß Peter Dortetter, welcher vorgibt ein Abkömmling und Erbe der Conestoga Indianer zu sein, und hier auf Besuch war, um Anspruch auf das Land seiner Vorväter, umfaßend, wie angegeben, einige vierzehn Meilen in Länge und sechs in Breite, gelegen die Conestogo entlang, in Conestoga oder Manor Townships, oder auch in beiden Townships, zu machen, wieder nach seiner Heimath im westlichen New York abgereist sei, ohne seinen Zweck zu erreichen. Es scheint jedoch jetzt, daß er seinen Anspruch nicht aufgegeben hat, sondern daß hinreichender Grund zur Glaubwürdigkeit in Hrn. Dortetters Anspruch ist, um einige unserer Bürger von dessen Gültigkeit zu überzeugen. Wie wir vernehmen, hat Herr Christian Schenk, Hotelbesitzer in dieser Stadt, wirklich den Anspruch gekauft und eine bedeutende Entschädigung dafür bezahlt, und Herr Dortetter als Ersatz dafür ihm einen Kaufbrief oder gehörig ausgefertigte gerichtliche Urkunde überreicht, durch welche Hr. Schenk mit allem Recht, Anspruch u. Titel des Conestoga Stamms und Herrn Dortetter als dessen Vertreter, auf die fraglichen Ländereien bekleidet wird, sowohl als für die rückständige Miethe oder Interessen fällig darauf. Dieses Dokument ist gehörig recordirt worden in der Recorders-Amtsstube dieses Countys, wo alle Personen, welche darin interessirt sind, es in voll sehen können. Herr Schenck behauptet, daß die Conestogo Indianer unzweifelhaft ein Recht auf das fragliche Land oder Reservation hätten; daß weder der Staat Pennsylvanien noch die Ver. Staaten jemals ein Besitzrecht auf dasselbe erworben hätten; daß es bewiesen ist, daß Peter Dortetter der gesetzmäßige Erbe und Vertreter der ursprünglichen Eigenthümer ist; und daß demgemäß ein durch ihn erworbenes Besitzrecht älter und besser sein muß, als irgend eines welches von den jetzigen Inhabern jenes Landstriches gezeigt werden kann.

Wir sind begierig zu sehen, wie die Sache noch ausfallen wird. Uebrigens werden sich unsere Advokaten die besten Brocken daraus ziehen.

Tax-Collektoren.—Folgende Personen wurden als Tax Collektoren der verschiedenen Distrikten von Lankaster County für das Jahr 1868 angestellt:

Adamstown Boro, keine Anstellung; Bart, Daniel M. Eaby; Brecknock, Benjamin Seifrit; Carnarvon, William Yoder; Cocalico Ost, Peter Sweigert; Cocalico West, John Edwards; Colerain, William H. Webb; Columbia Boro, Daniel W. Cully; Conestogo, John Clark; Conoy, Adam Smith; Clay, Peter Elser; Donegal Ost, Samuel Book; Donegal West, John Prescott; Drumore, Joseph Groff, sen.; Ephrata, Martin Mellinger; Earl, Samuel B. Senseniq; Earl Ost, John Sausman; Earl West, Abraham Brubaker; Elizabeth, Ruben Reist; Elizabethtown Boro, Abraham Brenneman; Eden, Henry Kern; Fulton, Edwin Stubbs; Hempfield Ost, Geo. Gisch; Hempfield West, H. G. Brackbart; Lampeter Ost, Wm. Hoar; Lampeter West, A. J. Rockafield; Lancaster Township, Samuel Horst; Stadt Lancaster, Ost Ward, F. S. Albright; Nordwest Ward, Wm. H. Backus; Sadwest Ward Wm. S. Schirk; Leacock, Jonathan N. Miller; Leacock Ober, Isaac Bushong; Little Britain, W. Walter; Manheim, Henry S. Schisler; Martic, James A. Ewing; Manor, L. C. Rockafellow; Mountjoy Township, Wm. F. Hamilton; Mountjoy Boro, Jacob Shelly; Marietta Boro, Isaac Reisinger; Manheim Boro, Henry Diffenderfer; Paradise, A. L. Witmer; Penn, C. G. Boyd; Pequea, S. M. Mylin; Providence, Sam. Drumm; Rapho, Jacob W. Herschey; Salisbury, D. Clark; Sadsbury, John Mercer; Strasburg, Melchior Fry; Strasburg Boro, Henry Herich; Warwick, Christian Brown; Washington Boro, Amos Dombaugh.